



Patrik Müller
Chefredaktor

Islam-Demo abgebrochen

FREIBURG Rund 300 Personen demonstrierten in Freiburg gegen Islamophobie und Justizwillkür. Aufgerufen dazu hatte die Islamische Jugend Schweiz. Auch der Islamische Zentralrat nahm an der Kundgebung teil. Die Bewilligung für dessen Jahreskonferenz war vom Kanton verweigert worden. Am Rande der Demonstration hielten Kurden eine Gegenkundgebung ab, die sich gegen die IS-Miliz und für ein freies Kurdistan aussprach. Darum brachen die Veranstalter die Kundgebung frühzeitig ab. Es kam zu keinen Zwischenfällen. (RED)

Sieben Verhaftungen bei Kontrollen in Zürich

ZÜRICH Die Kantonspolizei Zürich hat in der Nacht auf Samstag in den Bezirken Bülach, Dielsdorf und Zürich Clubs und Bars kontrolliert und dabei sieben Personen festgenommen. Fahnder kontrollierten rund 300 Gäste, Angestellte und Betreiber. In Rümliang wies sich ein 42-jähriger Serbe mit gefälschten Dokumenten aus. Zudem wurde festgestellt, dass er sich trotz bestehender Einreisesperre in der Schweiz aufhält. In Clubs in Nürensdorf und Bassersdorf wurden insgesamt zwei Frauen und drei Männer festgenommen. Der Betreiber eines Clubs, ein 55-jähriger Schweizer, wurde ebenfalls verhaftet. (RED)

EVP sagt Ja zur Familieninitiative

HERISAU Die Delegierten der EVP fassten an ihrer Delegiertenversammlung in Herisau die Ja-Parole zur Initiative «Familien stärken Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen». Die Initiative berücksichtigt zwar die tiefsten Einkommen nicht, Familienförderung sei aber wichtig. Die EVP sagt zu dem Nein zur Initiative «Energie statt Mehrwertsteuer». Sie setze falsche Anreize. (RED)

Mann mit Pfefferspray attackiert und beraubt

BERN Mit einem Pfefferspray wurde ein Mann in Bern attackiert und ausgeraubt. Die zwei Angreifer stahlen ihm seine Uhr, sein Mobiltelefon sowie einen Laptop aus dem Auto, in welches das Opfer gerade einsteigen wollte. Der Vorfall ereignete sich vis-à-vis dem Wankdorfcenter. Die Polizei sucht Zeugen. (RED)

WETTER

Hochnebel
Der Hochnebel hält sich heute bis auf 1000 Meter hartnäckig. Darüber gibts einzelne Wolkenfelder. Die Temperaturen liegen bei fünf Grad..... 51

GEWINNZAHLEN

Swiss Lotto:

4	5	6	8	18	30
Glücks-Zahl					
4					
Replay-Zahl					
4					
Die Gewinne:					
6 6Z	0 à CHF	0.-			
6	0 à CHF	0.-			
5 6Z	16 à CHF	5'451.-			
5	45 à CHF	1'000.-			
4 6Z	450 à CHF	134.-			
4	2'339 à CHF	64.-			
3 6Z	6'098 à CHF	25.-			
3	33'161 à CHF	9.-			
Jackpot 3'200'000					
Joker:					
7	9	4	0	0	9
5	0 à CHF	0.-			
6	0 à CHF	0.-			
4	16 à CHF	1'000.-			
3	138 à CHF	100.-			
2	1'373 à CHF	10.-			
Euro Millions:					
6	10	15	23	41	4/10 Sterne

2 BUNDES RAT

Mitte-Links-Politiker drohen

In einem Jahr wählt das Parlament den Bundesrat. Weil Ueli Maurer die Menschenrechtskonvention

VON OTHMAR VON MATT
UND HENRY HABEGGER

Ueli Maurer organisiere «eine Debatte zur europäischen Konvention gegen die Manipulation von Sportresultaten», twitterte CVP-Präsident Christophe Darbellay am 25. November – und fragte sarkastisch: «Ist das die neue europäische Menschenrechtskonvention EMRK?» An jenem Abend trat Sportminister Maurer im Berner Fünfsternehotel Bellevue auf. In prominenter Begleitung. Am Anlass «Team Spirit» der Sport-Toto-Gesellschaft trat auch Thomas Bach auf, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).

Es sei eine «sehr gute Veranstaltung» gewesen, sagt CVP-Präsident Darbellay. «Maurer betonte, wie wichtig internationale und europäische Konventionen wie jene gegen den Wettbetrug sind.» Der Euroreparat hatte die «Maglinger Konvention» Mitte September abgeschlossen. Die Schweiz war dabei federführend.

Aber Darbellay wunderte sich auch: «Für mich war es ein Rätsel, warum da nicht der ganze Saal zu lachen begann. Knapp eine Woche zuvor hatte Ueli Maurer im Bundesrat gefordert, eine andere europäische Konvention zu kündigen: die EMRK», sagt Darbellay. «Der Mann muss mindestens zwei Seelen in seiner Brust haben. Der Angriff auf die EMRK im Bundesrat ist für Darbellay gravierend. «Was Ueli Maurer gemacht hat, ist eine Schande. Er muss sich nun erklären, ob er zu den Urrechten der Schweiz steht oder nicht.» Seit dem 9. Februar stelle er eine Radikalisierung der SVP fest, die ihm zu denken gebe. «Die SVP spielt nicht mehr mit Minareten. Sondern mit Grund- und Menschenrechten.»

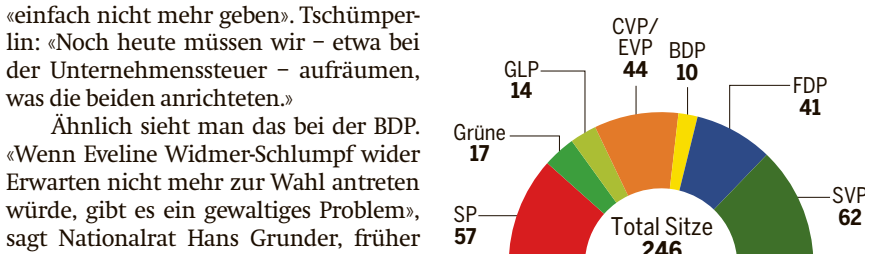
DAMIT ÜBERSCHREITET DIE PARTEI auch in den Augen anderer eine rote Linie. Wenn Ueli Maurer dereinst zurücktrete, werde das Parlament die Regierungsfähigkeit der SVP diskutieren müssen, sagt der Glarner Nationalrat Martin Landolt, Präsident der BDP.

Für Landolt als Parlamentarier selbst ist klar: «Diese Regierungsfähigkeit ist faktisch nicht mehr gegeben. Zumindest meine Stimme wird Ueli Maurer bereits im nächsten Jahr nicht erhalten.» Maurer habe das Gremium Bundesrat für einen parteipolitischen Vorstoss missbraucht, der so in einer Regierung nichts zu suchen habe. «Der Antrag, die EMRK sei zu kündigen, kommt aus dem Nichts, ohne konkreten Anlass – mit Ausnahme des eigenen Parteiprogramms», sagt Landolt. «Das ist ein neuer Kulminationspunkt in der jüngsten Entwicklung zur reinen Op-



Baustelle Bundesrat: Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf, Ueli Maurer, Didier Burkhalter, Simonetta Sommaruga und Alain Berset im Neat-Tunnel. KEYSTONE

VEREINIGTE BUNDESVERSAMMLUNG



FRAGE DER WOCHE

SOLL DIE CVP DEN BUNDES RATSSITZ DER BDP ERHALTEN?

Stimmen Sie ab
www.schweizamsonntag.ch oder
E-Mail: leserbriefe@schweizamsonntag.ch

cher und Hans-Rudolf Merz dürfe es «einfach nicht mehr geben». Tschümperlin: «Noch heute müsste wir – etwa bei der Unternehmenssteuer – aufräumen, was die beiden anreichten.»

Ähnlich sieht man das bei der BDP. «Wenn Eveline Widmer-Schlumpf wieder erwarten nicht mehr zur Wahl antreten würde, gibt es ein gewaltiges Problem», sagt Nationalrat Hans Grunder, früher BDP-Präsident. «Die Mehrheit des Parlaments will keine Mitte-Rechts-Regierung, insbesondere nicht mit einer SVP, wie sie im Moment aufgestellt ist.» Zu wichtig seien viele politische Projekte wie Energiegewende, Steuerpolitik, AHV-Revision. «Ein Rücktritt würde möglicherweise dazu führen, dass die Mitte näher zusammenzubringen», glaubt Grunder – und denkt dabei an die CVP, die BDP und vor allem an die GLP.

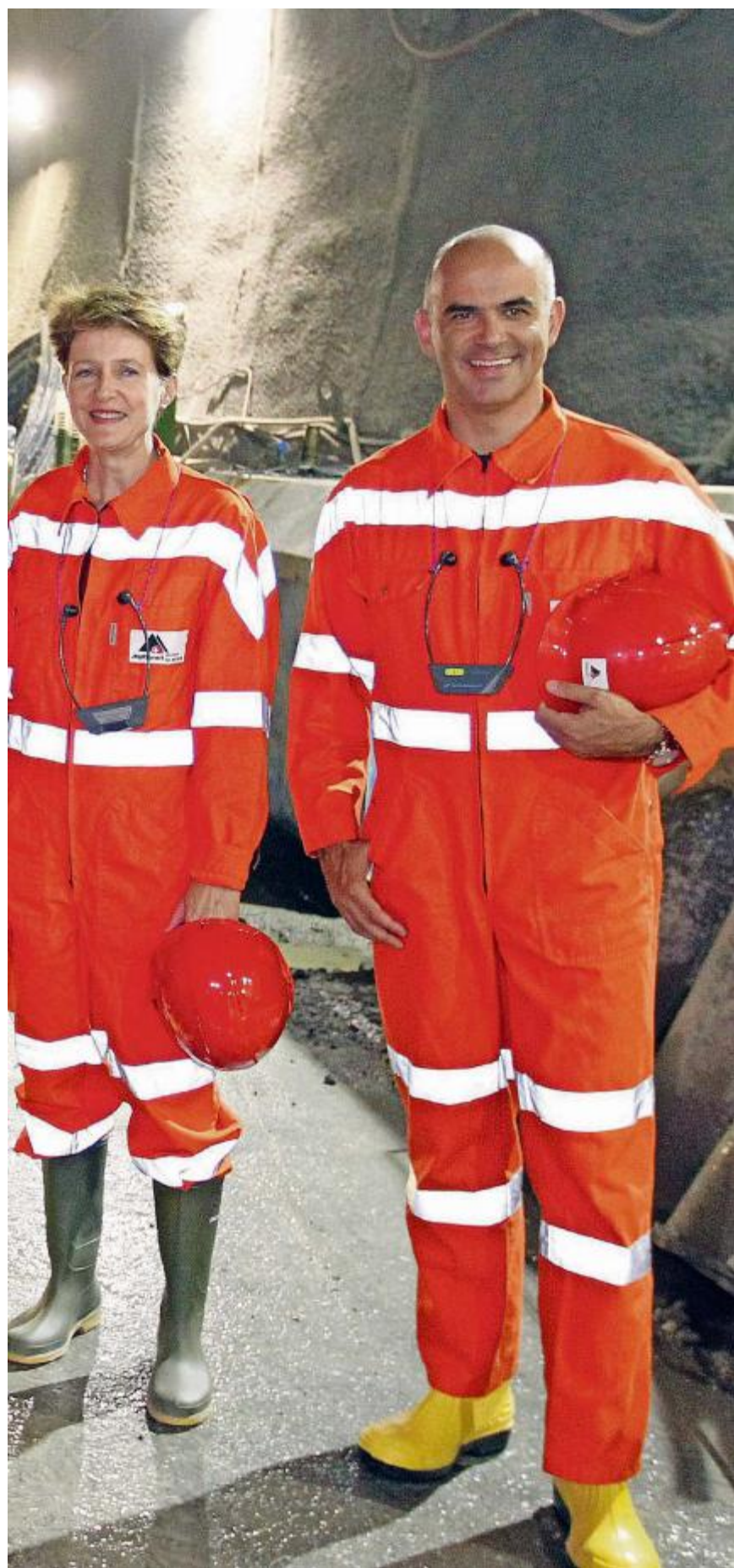
Das sieht auch BDP-Präsident Martin Landolt so. Wenn es mal so weit sei, dass Eveline Widmer-Schlumpf zurück-

trete, «dann muss ihr Sitz in der Mitte bleiben», sagt Landolt. «Aus heutiger Sicht würde dies einen zweiten Sitz für die CVP bedeuten.» Für Grunder ist allerdings klar, dass die CVP einen Preis für diesen Sitz zahlen müsste: Sie müsste gemäss Grunder mithelfen, bei späteren Vakanzen «eine Art Turnus festzulegen, dass einer der beiden Mitte-Sitze der GLP respektive der BDP zustehen würde.»

BEI DER CVP selbst reagiert man sehr verhalten auf diese BDP-Avancen, nachdem dieselbe Partei noch im Oktober eine Union mit der CVP abgelehnt hatte. «Mit einer Union hätten CVP und BDP eine nachhaltige Legitimität für zwei Regierungssitze gehabt», sagt CVP-Präsident Christophe Darbellay. «Die BDP hat eine historische Chance für die Mitte verpasst.» Die CVP konzentrierte sich nun auf ihren Wahlkampf. Es sei wichtig, dass dabei die CVP gestärkt werde. Darbellay: «Alles andere wird sich nach den Wahlen zeigen.»

Ueli Maurer mit der Abwahl

infrage gestellt hat, fordern BDP-, CVP-, SP- und Grünen-Politiker jetzt Konsequenzen



Bundesrats-Ambitionen? Filippo Lombardi (CVP), links Ueli Maurer mit Ambrì-Schal. KEYSTONE

positionsparlei.» Landolt vermutet, dass Maurer seinen Abgang provoziert. «Offenbar stinkt es ihm, Bundesrat zu sein. Vielleicht geht er deshalb an die Grenzen der Provokation, um sich als Märtyrer zu positionieren.»

IST DIE SVP NOCH REGIERUNGSFÄHIG? Die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer positioniert sich dazu glasklar: «Eine Partei, deren Bundesrat die Grundwerte der Schweiz angreift, gehört nicht mehr in dieses Gremium.»

Die nächsten Bundesratswahlen finden im Dezember 2015 statt. Regula Rytz, Co-Präsidentin der Grünen, sagt: «Im nächsten Herbst muss das Parlament die Konsequenzen ziehen und die SVP aus der Regierung werfen. Auch die Mitte-Parteien müssen dann ihrer Lauten Kritik endlich Taten folgen lassen.» Für Rytz ist es zwar «normal, dass Parteien in unserem Konkordanz-System gleichzeitig Opposition sind und Verantwortung tragen.» Aber das Gleichgewicht müsse stimmen, und das sei bei der SVP nicht mehr der Fall. Und inakzeptabel für eine Bundesratsparlei ist auch für die Grünen-Chefin: «Die SVP stellt die Grundlagen des Rechtsstaates und unserer Demokratie infrage.»

Ein interessanter Indikator für die Stimmung in Bern ist Nationalrat Daniel Vischer (Grüne, ZH): Er unterstützte bisher immer den Anspruch der SVP auf Vertretung im Bundesrat. Jetzt sagt der Rechtsanwält: «Die Positionen und Kampagnen der SVP haben eine neue Qualität erreicht. Mit der Völkerrechtsinitiative und dem Antrag von Ueli Maurer, aus der EMRK auszutreten, verlässt die SVP den Verfassungsboden der 1999 angenommenen Bundesverfassung.» Sie stelle die «ele-

mentaren Staatsgrundlagen unseres Landes» infrage. «Ihre Kritik an der EMRK ist eine Kritik am Grundrechtskatalog unserer Verfassung.» Vischer ist zu einem alarmierenden Befund gekommen: «Ziel der SVP ist die Implosion der Institutionen. Sie unterhöhlt damit die Souveränität der Schweiz.» Vischers Appell: «Die anderen Parteien müssen jetzt mit der SVP brechen. Sie müssen einen neuen Konsens für unser Land definieren, der als Mindestvoraussetzung klare Leitplanken im Verhältnis Rechtsstaat - Referendumdemokratie setzt und für die Energiegewende und den bilateralen Weg eintritt.»

AUCH DIE SP VERSCHÄRFT die Tonart. Fraktionschef Andy Tschümperlin sagt: «Wir werden die Frage der Regierungsfähigkeit sehr genau prüfen, vor allem jetzt, wo die SVP die EMRK, die Menschenrechte und damit auch die Bundesverfassung infrage stellt.» Klar ist auch für ihn: «Das heisst: Damit ist auch Ueli Maurer ein Thema.»

Muss die SVP aus dem Bundesrat? Die FDP sieht das nicht so. «Wenn man die Regierungsfähigkeit der SVP inhaltlich infrage stellt», sagt FDP-Präsident Philipp Müller, «muss man das bei der SP genauso tun.» Und Martin Bäumle, der Präsident der Grünliberalen, äussert sich pragmatisch: «Politische Differenzen sollen politisch ausgetragen werden. Man braucht die inhaltlich besseren Rezepte, um etwas zu bekämpfen.»

UND DIE SVP SELBST? Beurteilt sie sich selbst noch als regierungsfähig? «Die SVP verteidigt die Freiheitsrechte der Bürger wie keine andere Partei», betont SVP-Nationalrat Gregor Rutz. Er gilt als eine der treibenden Kräfte hinter der Initiative «Schweizer Recht geht fremdem Recht vor.» «Verschiedene Grundwerte unserer Verfassung werden aber gerade durch die abenteuerlichen Urteile des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR infrage gestellt. Eine Partei, welche die verfassungsmässigen Rechte der Bürger so verteidigt wie die SVP, gehört selbstverständlich in die Regierung.»

Der Vorwurf, die SVP wolle die Menschenrechte aushebeln, «entbehrt jeder Grundlage», sagt Rutz. «Im Gegenteil: Wir wollen unser Staatssystem und die Rechtssicherheit stärken. Wir wollen mehr Ruhe und Stabilität.» Das Hauptproblem liege nicht bei der EMRK selber. «Die darin enthaltenen Menschenrechte sind in der Schweiz seit 150 Jahren Teil der Bundesverfassung. Das Problem ist die immer weiter ausufernde Interpretation der EMRK.»

Ueli Maurer selbst wollte sich, wie auch das VBS, nicht äussern.

SCHNEIDER-AMMANN

Der FDP-Bundesrat will die Ernährungsouveränität in die Bundesverfassung schreiben.

der SP hingegen verspricht er sich nur bedingt Wahlsupport, wie Insider erzählen. Schneider-Ammann stimmt im Bundesrat auch auffällig oft gemeinsam mit SVP-Bundesrat Ueli Maurer.

Einerseits fällt in der Bundesverwaltung auf, dass Wirtschaftsminister Schneider-Ammann zurzeit ein ausgeprägtes Interesse an öffentlichen Auftritten hat und sich entsprechend oft in dafür vorgesehene Listen eintragen lässt. Andererseits stehen etwa CVP-Umweltministerin Doris Leuthard und SP-Innenminister Alain Berset, wie er die Initiative des Bauernverbandes zur Ernährungssicher-

heit zu kontern gedenkt: mit einem direkten Gegenvorschlag, der die Ernährungssicherheit in die Verfassung aufnimmt. Selbst das Bundesamt für Landwirtschaft soll skeptisch gewesen sein.

FÜR SEINE AGRAR-POLITIK 2014–2017 musste der Wirtschaftsminister viel Kritik einstecken. Auch in der Budgetdebatte verteidigte Schneider-Ammann die Sparziele des Gesamtbundesrats hartnäckig, wenn auch erfolglos. Mit dem direkten Gegenvorschlag erhalten die Bauernvertreter aber nun ein Zückerchen. «Grundsätzlich ist es sicher positiv, dass der Bundesrat den Handlungsbedarf auf Verfassungsstufe festhält», sagt Markus Ritter, Präsident des Bauernverbandes. «In der Bundesverfassung gibt es eine Lücke.» Bauern-Power für 2015 kann Schneider-Ammann gebrauchen. Es geht um mindestens 30 Stimmen. Entscheidend sei aber, sagt Markus Ritter, «die Hebelwirkung der Bauern über fünf Fraktionen hinweg.»

OTHMAR VON MATT

Schneider-Ammanns «Mission Wiederwahl»

Der Wirtschaftsminister versuche, die 30 Bauern-Stimmen zu gewinnen, sagen Beobachter

Bundesrat nicht zu gefährden

SEINEN VORLÄUFIGEN HÖHEPUNKT

als Bundesrat erlebt Johann Schneider-Ammann in zehn Tagen. Am Mittwoch, 10. Dezember, wird ihn die Bundesversammlung zum Vizepräsidenten wählen. Eine Wahl, die nicht umstritten ist. Selbst die SP schlägt ihn vor. Dies ist für Schneider-Ammann aber nur eine Etappe zum eigentlichen Ziel: Er will 2016 Bundespräsident werden. Dafür muss er im Dezember 2015 wiedergewählt werden.

Eingeläutet hat er die «Mission Wiederwahl 2015», als er FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher zum neuen Departementsekretär ernannte. Brupbacher setzte intern wie extern schnell erste Duftmarken. Zusammen mit Noé Blancpain, dem neuen Kommunikationschef, bildet er ein Duo, das sich aus alten FDP-Zeiten im Generalsekretariat bestens kennt und gut harmoniert.

In internen Analysen für die Wiederwahl Schneider-Ammanns soll Brupbacher zum Schluss gekommen sein, in erster Linie auf Bürgerliche zu setzen. Von

Man soll die Gräben nicht dramatisieren; verglichen mit anderen Ländern sind die Zentrifugalkräfte begrenzt. Das bleibt so lange der Fall, als sich die Wirtschaft hierzulande dynamisch entwickelt und für alle etwas abfällt – und so lange Kantone und Regionen die Freiheit haben, sich mit einer eigenen Strategie zu behaupten. So haben es die früheren Armenhäuser Schwyz und Nidwalden dank einer Tiefsteuerstrategie, die der Steuerföderalismus zulässt, zu Wohlstand gebracht. Und die Städte, in den 90er-Jahren tief im Schuldenstumpf, haben von der Internationalisierung und der Personenfreizügigkeit profitiert.

Gefährlich wird es, wenn der regionale Egoismus überhand nimmt, sodass man sich gegenseitig die Entwicklungsgrundlagen kaputtmacht. «Reden ist Gold» gilt darum nicht nur bei Ecopop. Entscheidend ist vor allem, dass man in den vier Schweizer wieder ein Verständnis füreinander entwickelt und sich bewusst ist, dass nur dann «die» Schweiz Erfolg haben kann.

patrik.mueller@schweizamsonntag.ch
Twitter: @patrik_mueller